Frage 1:

Für Bündnis 90 / Die Grünen steht der Mensch im Mittelpunkt allen Handelns. Wir sind daher gegen jedes Projekt, das die Menschen und ihre Lebensgrundlagen gefährden. Um es deutlich zu sagen: ich lehne sowohl Planung als auch Bau der Deponieerweiterung als auch des Kohlehafens ab, denn:

Beide Projekte belasten nicht nur die Menschen im Averbuch und in Eppinghoven, sondern erhöhen die in Nordrhein-Westfalen ohnehin hohe Hintergrundbelastung zusätzlich. Mir ist bekannt, dass die hohe Hintergrundbelastung ausschlaggebend ist für die Genehmigung zusätzlicher industrieller Großanlagen nach dem Motto „Wo viel Dreck ist kann auch mehr hin!“

Der geplante Kohlehafen dient der Versorgung nicht nur der vorhandenen Kraftwerke in Voerde, sondern darüber hinaus hat er die Kapazitäten, um noch weitere Kraftwerke zu versorgen. Die Politik von Bündnis 90 / Die Grünen setzt darauf, konsequent die erneuerbaren Energien auszubauen und damit nicht nur etwas für die Umwelt, sondern auch für eine neue industrielle Entwicklung zu tun.

Frage 2

Da ich weder den Bau des Kohlehafens noch den Ausbau der Deponie befürworte, habe ich mir keine Vorstellung zu flankierenden Maßnahmen gemacht. Sollte dennoch weder der Kohlehafen noch die Deponie verhindert werden können, befürworte ich alle Maßnahmen – unabhängig von deren Kosten -, die dazu geeignet sind, die Gesundheit der Bewohner und die Umwelt zu erhalten. Es darf weder zu Geruch und Lärm noch zu Feinstaub oder Grobstaub und auch nicht zu Lichtemissionen kommen. Der Bau des Kohlehafens darf nicht dazu führen, dass der Rhein weiteren Belastungen ausgesetzt wird.

Frage 3:

Mit unserem Zukunftsplan – dem Green New Deal für NRW – können wir in den nächsten fünf Jahren die Voraussetzungen für mindestens 200.000 neue Jobs schaffen. Grundgedanke dabei ist: Wir ziehen jetzt Investitionen vor, die wir mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und den Klimawandel langfristig sowieso machen müssten.

Konkret wollen wir:

- 30.000 neue Jobs durch erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz: Wir wollen den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2020 auf mindestens 22 Prozent ausweiten und den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung auf 33 Prozent der Stromerzeugung erhöhen. Dadurch entstehen vor allem Arbeitsplätze im Bau der verschiedenen Energieversorgungsanlagen, denn da verfügt NRW über eine besondere Stärke. Aber auch das ausführende Handwerk und innovative Dienstleister profitieren durch den Ausbau erneuerbarer Energien in starkem Maße.
- 100.000 neue Jobs bei der Gebäudesanierung: Rund 85 Prozent der 8,3 Millionen Wohnungen in NRW haben einen energetischen Sanierungsbedarf und entsprechen zum großen Teil nicht mehr den aktuellen Energie- und Wärmeschutzstandards. Hier wird in erheblichem Ausmaß Energie verschwendet. Bei einer Sanierungsquote von drei Prozent pro Jahr können die neuen Arbeitsplätze vor allem im örtlichen Bauhandwerk entstehen.
- 30.000 neue Jobs durch Investitionen in Bildung und Betreuung: Die Köpfe unserer Kinder sind unsere wichtigste Ressource. Zusätzliches Geld nur in Beton zu stecken, ist zu wenig.

Deshalb wollen wir massiv in die Qualität unserer Bildungsangebote investieren. An oberster Stelle steht der Ausbau von Ganztagschulen. Zudem wollen wir für ein verbindliches und qualitativ hochwertiges Angebot an frühkindlicher Betreuung sorgen.

- 30.000 neue Jobs durch Investitionen in ein sozial gerechtes Gesundheitssystem: Wir sehen im Gesundheitsbereich nicht ein immer höhere Kosten verursachendes Problemfeld, sondern ein wirtschaftliches und soziales Innovationsthema. Investitionen in Gesundheit sind kein Negativposten. Im Gegenteil, der Gesundheitssektor und der Pflegebereich gehören zu den Wirtschaftszweigen mit den größten Wachstumsraten. Die demographische Entwicklung, die steigende Lebenserwartung und der medizinische Fortschritt führen zu einer stetig zunehmenden Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen.

- 10.000 neue Jobs im sozialen Arbeitsmarkt: Wir haben den Anspruch, uns auch um jene zu kümmern, die seit längerem ohne Chance auf eine Rückkehr ins Erwerbsleben sind. So sind allein in NRW zurzeit ca. 250.000 langzeitarbeitslose Menschen dauerhaft vom Arbeitsmarkt abgeschnitten und von sozialer Ausgrenzung bedroht. Sie wollen wir durch langfristig geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder integrieren. Diese 200.000 neuen Jobs sind aus unserer Sicht nur das Minimum dessen, was möglich ist. Wenn wir an den entscheidenden Stellen die Weichen richtig stellen, dann sind weitaus mehr neue Jobs möglich. Und wir müssen dazu die Weichen in allen Politikfeldern richtig stellen.

Frage 4:

Ich würde zunächst prüfen, ob es für beide Projekte tatsächlich einen Bedarf gibt. Dieser Bedarf muss nachgewiesen werden (z.B. muss Strom produziert werden? Brauchen wir die Deponiefläche ?) Es ist nicht ausreichend, wenn die Industrie ihren Bedarf feststellt und damit lediglich höhere Gewinne erzielen will.

Wenn also der Bedarf feststeht (was ich bisher nicht bewiesen bekommen habe), muss ein Runder Tisch einberufen werden, an dem alle beteiligt werden. Es ist nicht ausreichend, dass über die Köpfe der Bevölkerung hinweg Erörterungen stattfinden, bei denen dann der Landesentwicklungsplan geändert wird. Ich halte es für einen Fehler, anzunehmen, dass die kommunalen Verwaltungen die Interessen der Bevölkerungen wahrnehmen. Gerade die Führungspositionen in Verwaltungen werden nach Parteizugehörigkeit besetzt, so dass die Vertreter an solchen Erörterungen oftmals die Interessen ihrer Partei vertreten zum Nachteil der Bürger.

Frage 5:

Dinslaken im Jahr 2020 ist in meiner Vision eine Stadt, in der die kommunalen Finanzen in Ordnung sind und eine Haushaltssicherung nicht erforderlich ist. Dinslaken ist eine familienfreundliche Stadt, in der die sogenannten weichen Standortfaktoren wie kulturelle Einrichtungen und Sporteinrichtungen attraktive Angebote für die Freizeitgestaltung der Bürger sind.

Darüber hinaus hat sich in der kommunalen Verwaltung der Gedanke etabliert, dass sie eine Service-Einrichtung für die Bürger ist und nicht der Bürger für die Verwaltung.

Damit diese Vision Wirklichkeit wird, müssen die Kommunen von der weiteren Verlagerung von Aufgaben des Landes ohne finanziellen Ausgleich entlastet werden. Ich werde mich daher vordringlich dafür einsetzen, dass die Kommunalfinanzierung geändert wird. Darüber hinaus werde ich alle Maßnahmen unterstützen, die verhindern, dass das Industrieland NRW weiterhin ausgebeutet wird zu Lasten der Menschen, die hier wohnen.